



Antrag

der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP und der Abgeordneten des SSW

Resolution zur Situation in Belarus

Der Landtag wolle beschließen:

Die Entwicklung in Belarus erfüllt den Schleswig-Holsteinischen Landtag mit großer Sorge. Der Konflikt um die Präsidentschaftswahl am 9. August 2020 hat inzwischen zu vielen Toten, Verletzten, Verhafteten und massiven Repressionen gegen große Teile der Bevölkerung geführt. Die Europäische Union hat das Wahlergebnis nicht anerkannt und aufgrund massiver Menschenrechtsverletzungen Sanktionen verhängt.

Inzwischen ist die politische Situation in Belarus derart eskaliert, dass der Präsident ein ziviles Flugzeug auf einem Flug zwischen zwei EU-Hauptstädten zur Landung in Minsk zwingt, um eines demokratischen Journalisten und Regimekritikers habhaft zu werden. Friedliche Reisende wurden dafür zu Geiseln gemacht und in Todesangst versetzt.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag solidarisiert sich mit den friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten, Regimekritikerinnen und Regimekritikern und politisch Verfolgten, die sich für ein freies und demokratisches Belarus einsetzen. Er begrüßt, dass die Europäische Union sehr schnell entschlossen reagiert hat und mit dem Verbot für belarussische Flüge über EU-Gebiet und weiteren Einreiseverboten und Vermögenssperren für Funktionäre und Unternehmen weitere Sanktionen gegen das Regime verhängt hat. Er fordert die sofortige Freilassung Roman Protassewitschs, seiner Lebensgefährtin und aller anderen politischen Verfolgten in Belarus. Zusätzliche Sanktionen gegen das Regime müssen unverzüglich und gemeinsam durch alle EU-Staaten folgen, um dem belarussischen Diktator und den tragenden Kräften seiner Regierung die finanziellen Möglichkeiten zu entziehen.

Zum Vorgehen der Regierung in Belarus kann und darf auch die regionale Politik rund um die Ostsee nicht schweigen, die in einem intensiven Austausch für eine

friedliche, demokratische und von der Umsetzung der Menschenrechte getragene Entwicklung in der Ostseeregion steht. Besonders die für Gewalttaten Verantwortlichen müssen von der Europäischen Union aber auch von der Weltgemeinschaft insgesamt angemessen sanktioniert werden. Der Landtag wird sich gegenüber seinen Partnern in der Ostseeregion dafür einsetzen, ihren Einfluss auf Belarus zu nutzen, um Menschenrechte, Frieden und Demokratie in dem Land als wichtiger Teil Europas herzustellen und nachhaltig zu festigen.

Bernd Heinemann
und Fraktion

Hartmut Hamerich
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Stephan Holowaty
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und Fraktion